

Presse/Medien/Mitteilung zum 11. Mai 2006:

Einführung der Volksgesetzgebung steht im Bundestag auf der Tagesordnung

An die Redaktionen Innenpolitik, Talkshows usw.

Ankündigung eines wichtigen Termins:

Am 11. Mai steht im Deutschen Bundestag aufgrund einer Gesetzesinitiative der FDP die "Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid" (= [dreistufige Volksgesetzgebung](#)) in erster Lesung zur Verhandlung. Damit kommt nach vier Jahren der wichtigste Gegenstand zur Demokratiereform wieder auf die Tagesordnung.

Was ist das politische Umfeld des Projektes und was ist seine Chance?

Das parlamentarische Ringen um die "dreistufige Volksgesetzgebung" begann in der 10. Legislaturperiode mit einer Petition der Bürgerinitiative "Aktion Volksentscheid". Sie wurde am 4. 10. 84 im Plenum verhandelt. Schon damals zeigte sich eine erschreckende Unkenntnis bei den allermeisten Abgeordneten über die einschlägigen historischen, verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Zusammenhänge. Nur einige Vertreter/innen der Grünen unterstützten damals die Forderung nach Regelung der direkten Demokratie gem. Grundgesetz Art. 20 Abs. 2. Alle Fraktionen lehnten ab. Doch die Bürgerinitiative ließ auch in den folgenden Wahlperioden nicht locker und konfrontierte jeden neu gewählten Bundestag auf dem Petitionsweg mit dem Anliegen. Seit 1988 hatten sich Die Grünen angeschlossen, es folgte seit 1992/93 die SPD, 1997 die PDS und seit diesem Jahr auch die FDP.

Zur Zeit liegen dem Bundestag außer einer erneuten Petition der Bürgerinitiative Gesetzentwürfe der FDP und des Bündnis90/Die Grünen vor, Die Linke wird folgen. Der SPD sind durch die Große Koalition die Hände gebunden: die CDU/CSU verschließt sich dem Anliegen nach wie vor. Da aber zum Beschluss der Volksgesetzgebung wegen ihres verfassungsergänzenden Charakters für die Zweidrittelmehrheit die Stimmen der CDU/CSU erforderlich sind, kann man voraussehen, dass auch der jetzige Versuch noch keine Chance auf Realisierung haben wird.

Um aber die Bedingungen für diese Chance zu schaffen, hat die das Projekt außerparlamentarisch und mit einer Petition tragende Initiative "WIR SIND DEUTSCHLAND" die [Kampagne WILLENSBEKUNDUNG "Volksgesetzgebung jetzt"](#) gestartet. Aus repräsentativen Umfragen ist bekannt, dass über Zweidrittel der Stimmberechtigten in der Bundesrepublik die dreistufige Volksgesetzgebung wollen. Würden, so sieht es die Initiative, einige Millionen von ihnen ihre persönliche Willensbekundung für dieses Ziel abgeben, könnte sich auch die CDU/CSU nicht mehr widersetzen.

Um dies allen, die sich unterstützend beteiligen wollen, einfach und ohne Kosten zu ermöglichen, stehen zwei Internetseiten für die Beteiligung zur Verfügung: Vom 8. Mai bis 8. Juli die Seite des Bundestages

http://itc.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/list_petitions.asp und die Seite der Initiative www.volksgesetzgebung-jetzt.de/willensbekundung.htm [längerfristig].

Die Initiative präsentiert außerdem auf der Homepage www.wirsinddeutschland.org eine umfassende Dokumentation sämtlicher außerparlamentarischen und parlamentarischen Vorgänge in Sachen "dreistufige Volksgesetzgebung" von 1983 bis heute sowie die historischen, rechtsphilosophischen, verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Zusammenhänge des Projektes.

Für weitere Informationen, Nachfragen und Gespräche stehen zur Verfügung:

Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliffka

Wir sind Deutschland
c/o Internationales Kulturzentrum Achberg
Panoramastr. 30 - Humboldt-Haus
D-88147 Achberg-Esseratsweiler
Tel. [+49]8380-500 // -98228 // -335; Fax -675
<mailto:WirSindDeutschland@kulturzentrum-achberg.de>
www.wirsinddeutschland.org